

## **Niederschrift**

über die 34. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Haushalt und Personal der Gemeinde  
Jemgum am Montag, dem 15.02.2021, um 19:00 Uhr,  
im Dörfergemeinschaftshaus Jemgum.

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Konrad Kruse

#### **Mitglieder**

Torsten Dinkela

Dr. Walter Eberlei

Günter Harms

Ento Wübbena

#### **von der Verwaltung**

Martje Broers

Christiane Dorenbos

Bürgermeister Hans-Peter Heikens

Rainer Smidt

Monika Zuidema (gleichzeitig Protokoll)

#### **Gäste**

Tatjana Gettkowski – Ostfriesen-Zeitung

5 Einwohnerinnen und Einwohner

### **Tagesordnung:**

- 1.** Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 2.** Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils
- 3.** Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils vom
- 4.** Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache
- 5.** Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten
- 6.** Aufnahme Budget in Haushalt 2021 für "Mühlen"  
Vorlage: BV/0852/2020/
- 7.** Antrag CDU-Fraktion: "Jung kauft Alt"  
Vorlage: AN/0850/2020/

8. Antrag Fraktion Jemgum21; hier: Verwaltungsrichtlinien  
Vorlage: AN/0857/2021/
9. Haushalt 2021  
Vorlage: BV/0860/2021/
10. Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2020  
Vorlage: BV/0858/2021/
11. Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2021  
Vorlage: BV/0859/2021/
12. Anfragen, Anregungen und Hinweise
13. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten
14. Ende des öffentlichen Teils der Sitzung
15. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
16. Feststellung der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils
17. Genehmigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils vom
18. Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache
19. Einstellung Mitarbeiter (m/w/d) für die Tourist-Information Ditzum  
Vorlage: BV/0856/2021/
20. Anfragen, Anregungen und Hinweise
21. Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung

**Zu TOP 1. Eröffnung des öffentlichen Teils der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kruse, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die anwesenden Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

## **Zu TOP 2. Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils**

Herr Dinkela beantragt, die Anfragen nach TOP 7 zu beraten. Einvernehmlich wird diesem Antrag zugestimmt.

### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird mit der genannten Änderung einstimmig genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **Zu TOP 3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils vom 18.11.2020**

### **Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.11.2020 wird einstimmig genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **Zu TOP 4. Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache**

Herr Kruse spricht seinen Dank an die Beschäftigten des Bauhofes aus, die in der Gemeinde in den vergangenen Tagen vorbildlich die Schneemaßen geräumt haben und die Fuß- und Radwege vom Glatteis befreit haben. Er bittet BM Heikens darum, dieses an die Mitarbeiter des Bauhofes weiterzugeben.

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Zum Newsletter der Faktion Jemgum21 vom vergangenen Wochenende, der im Bericht des Bürgermeisters von Herrn Heikens angesprochen und erörtert wurde, meldet sich Herr Dr. Eberlei zu Wort. Er habe nicht gesagt, dass hier nicht rechtmäßig gehandelt wurde. Er betont, dass seiner Meinung nach in der Liste über die Ausgaben der Gemeinde Jemgum, die ihm von der Verwaltung zur Verfügung gestellt wurde, ca. 2/3 der Aufträge mit hohen Beträgen nicht im Rat besprochen wurden. Hier hätten die Ratsmitglieder keine Kontrolle über die Ausgaben der Verwaltung.

## **Zu TOP 5. Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten**

Frau Henriette Remmers bedankt sich bei der Verwaltung, insbesondere bei Frau Zuidema, für die Unterstützung als Impfpatin.

## **Zu TOP 6. Aufnahme Budget in Haushalt 2021 für "Mühlen" Vorlage: BV/0852/2020/**

### **1. Sachverhalt:**

Der Mühlenverein Ditzum e.V. hat für das Haushaltsjahr 2021 sicherheitshalber einen Zuschuss in Höhe von 25.000,00 € für die Restaurierung des Holzes der Mühlenflügel zunächst mündlich beantragt. Hier wird auch auf die mündlichen Ausführungen von Kämmerer Rainer Smidt sowie Ratsmitglied Konrad Kruse in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Vereine und Kultur vom 10.12.2020 verwiesen.

Als Vorsitzender des Vereins hat Annäus Bruhns dazu in einer E-Mail vom 19.12.2020 an die Fraktionsvorsitzenden/den Ratsvorsitzenden die Gesamtsituation noch einmal erläutert.

Der zuständige Fachausschuss hat den mündlichen Antrag in seiner Sitzung am 10.12. eingehend beraten und empfiehlt dem Finanzausschuss sowie dem VA, in den Haushalt 2021 insgesamt ein Budget in Höhe von 25.000,00 € allgemein für „Mühlen“ aufzunehmen.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig, einen Haushaltsansatz in Höhe von 25.000,00 € allgemein für „Mühlen“ (Jemgum und Ditzum) in den Haushaltsplan 2021 aufzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **Zu TOP 7. Antrag CDU-Fraktion: "Jung kauft Alt" Vorlage: AN/0850/2020/**

### **Antrag:**

Die CDU-Fraktion hat die Aufnahme des Tagesordnungspunktes lt. der Einladung beiliegendem Antrag gestellt.

In der Sitzung erläutert Herr Wübbena zunächst den Antrag der CDU-Fraktion. Mit dem Förderprogramm will die CDU-Fraktion einen Anreiz zum Kauf von Altbauten zu Wohnzwecken setzen. Für junge Kaufinteressenten könne eine Altimmoblie so näher in den Fokus rücken. Gefördert werden soll der Kauf einer Immobilie, die vor 1980 erbaut wurde. Bei Selbstnutzung des Käufers, soll ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 600 Euro für ein Altbaugutachten gewährt werden. Ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro je Kind über einen Zeitraum von bis zu

zehn Jahren käme hinzu. So würde der Kauf eines Altbaus über einen Zeitraum von zehn Jahren mit bis zu 30.000 Euro bezuschusst werden. Dabei setzt die CDU-Fraktion auch auf höhere Schlüsselzuweisungen des Landes Niedersachsen, da diese sich u.a. auch nach der Einwohnerzahl der Gemeinde richten.

Herr Dinkela stellt die Frage in den Raum wie sichergestellt werden kann, dass nur hiesige Interessenten das Angebot annehmen werden. Weiterhin sieht er ein großes finanzielles Risiko für die Gemeinde Jemgum, da die Kosten, die auf die Gemeinde Jemgum zukommen könnten, nicht absehbar seien. Herr Harms fügt an, dass er die Idee grundsätzlich für gut hält und dass hier über Jahre gerechnet werden muss. Außerdem merkt er an, dass Käufer von Altbauten bereits Fördermittel erhalten. Angesichts dieser Tatsache hebt sich eine eventuelle Bezuschussung dann wieder auf.

Auch Herr Dinkela hält die Idee grundsätzlich für gut, er gibt allerdings zu bedenken, dass es ohne eine gültige Satzung nicht möglich ist Mittel für diese Maßnahme in den Haushalt einzustellen.

Herr Dr. Eberlei begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion und schlägt vor, zunächst Mittel in Höhe von 20.000 Euro für die Förderung der jungen Kaufinteressenten im Haushalt 2021 einzuplanen. Parallel dazu könne von der Verwaltung eine Satzung erarbeitet werden.

Herr Kruse erklärt, dass die SPD/FDP-Gruppe den Antrag grundsätzlich unterstützt, jedoch soll zunächst geprüft werden, ob die Bereitstellung des Betrages für das vorgeschlagene Projekt mit dem Haushaltssicherungskonzept konform ist. Ggf. kann der Betrag dann im Nachtragshaushalt behandelt werden. Außerdem fehlt eine konkrete Berechnung.

Sodann wird zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Weiterhin wird darüber beraten, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, die Kosten für ein solches Projekt und mögliche Rahmenbedingungen zu ermitteln.

**Beschluss:**

- a) Der Antrag der CDU-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt.
- b) Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für das genannte Projekt zu ermitteln und mögliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

**Abstimmungsergebnis:**

- a) Der Antrag der CDU-Fraktion zur Bereitstellung eines Betrages in Höhe von 20.000 Euro im Haushalt 2021 für das Projekt „Jung kauft Alt“, wird mehrheitlich abgelehnt:

Ja:	2
Nein:	3
Enthaltung:	0

- b) Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten für ein solches Projekt zu ermitteln und mögliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten:

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Zu TOP 8. Antrag Fraktion Jemgum21; hier: Verwaltungsrichtlinien  
Vorlage: AN/0857/2021/**

**Antragstext:**

Herr Dr. Eberlei von der Fraktion Jemgum21 hat am 31.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

*Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

*für die Finanzausschuss-Sitzung am 15. Februar 2021 beantragt unsere Fraktion den TOP **Verwaltungsrichtlinien**. Unseren Antrag dazu werde ich rechtzeitig vorher einbringen.*

*Vorsorglich weise ich darauf hin, dass es unsererseits nicht vorgesehen ist, dort über einzelne Aufträge des Bürgermeisters zu sprechen. Der TOP gehört entsprechend in den öffentlichen Teil der Sitzung.*

Der Antrag der Gruppe „Jemgum21“ (Anlage der Einladung) wird in der Sitzung zunächst von Herrn Dr. Eberlei erläutert und anschließend beraten.

Herr Dinkela merkt an, dass die SPD/FDP-Gruppe den Antrag nicht unterstützen werde, da hier kein Anlass gesehen wird die Verwaltungsrichtlinien zu ändern. Er teilt weiterhin mit, dass die SPD/FDP-Gruppe dem Bürgermeister und der Verwaltung vollends vertraue.

Daraufhin erklärt Herr Wübbena, dass die CDU-Fraktion den Antrag der Ratsgruppe Jemgum21 unterstützen werde.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Finanzausschuss fordert den Bürgermeister auf, die vom Rat am 09.02.2017 erlassenen Verwaltungsrichtlinien ausnahmslos zu befolgen. Insbesondere weist er den Bürgermeister darauf hin, dass die Vergabe von Aufträgen zu Lieferungen und Leistungen, die über den genannten Wertgrenzen liegen, der Zustimmung der politischen Gremien bedürfen (Art. I Nr.1 der Verwaltungsrichtlinien). Dies gilt ebenso für Zuwendungen an Vereine und Verbände (Art. I Nr.7 der Verwaltungsrichtlinien).

2. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, Artikel I Nr.1 neu zu fassen. Hierzu wird folgender Textvorschlag beschlossen:

Artikel I: Nach § 85 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG hat der Bürgermeister die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören insbesondere auch Rechtsgeschäfte, bei denen im Einzelfall folgende Wertgrenzen nicht überschritten werden:

Neue Fassung	Bisherige Fassung
Artikel I: Nach § 85 Abs. 1 Nr. 7 NKomVG hat der Bürgermeister die Geschäfte der laufenden Verwaltung zu führen. Zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehören insbesondere auch Rechtsgeschäfte, bei denen im Einzelfall folgende Wertgrenzen nicht überschritten werden:	
1. Die Vergabe von Aufträgen zu Lieferungen und Leistungen bis zu einem Wert von 5.000 €, soweit Haushaltsmittel in dem Produkt zur Verfügung stehen, dem die Aufträge sachlich zuzuordnen sind.	1. Die Vergabe von Aufträgen zu Lieferungen und Leistungen bis zu einem Wert von 7.500 €, soweit Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.
<p>3. Der Finanzausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, einen neuen Artikel II einzufügen (und den bisherigen Artikel II mit der Nummer III zu versehen). Hierzu wird folgender Textvorschlag beschlossen:</p> <p>Über Aufträge nach Art. I Nr.1 im Wert von 2.000 € bis 5000 € berichtet der Bürgermeister dem Verwaltungsausschuss schriftlich auf Quartalsbasis (unter Auflistung von Datum, Auftragnehmer, Gegenstand, Summe). Ebenso enthält der regelmäßige Bericht Informationen über Vorgänge nach Art. I Nr.6 und Nr. 7.</p>	

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	2
Nein:	3
Enthaltung:	0

**Zu TOP 9. Haushalt 2021  
Vorlage: BV/0860/2021/**

**1. Sachverhalt:**

Der Haushalt 2021 wurde im November 2020 in den Fachausschüssen beraten. Die Ergänzungen und Änderungen aus den Fachausschüssen sind eingearbeitet worden.

Über die Auswirkungen der Gewerbesteuer ausgleichszahlungen ist ausreichend informiert worden.

Bevor der Haushalt dem Verwaltungsausschuss und dem Rat vorgelegt wird, findet eine abschließende Beratung im Ausschuss für Finanzen, Haushalt und Personal statt. Die Beratung wurde aufgrund der von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der Kontakt in dieses Jahr verschoben.

Der Entwurf des Haushalt 2021 war der Einladung als Anlage beigefügt. Fragen hierzu werden von Kämmerer Rainer Smidt beantwortet.

Herr Kruse merkt an, dass Mittel für eine Mikrofonanlage in den Haushalt 2021 mit eingeplant werden sollten. Diese soll u.a. im Dörfergemeinschaftshaus bei Sitzungen eingesetzt werden. BM

Heikens teilt mit, dass er sich informiert habe und schlägt eine mobile Anlage vor, die auch mit einem Beamer ausgestattet ist. So könne sie auch bei Sitzungen in anderen Räumlichkeiten eingesetzt werden. Die Kosten für diese Anlage belaufen sich auf ca. 15.000 Euro.

a) Anschaffung einer mobilen Mikrofonanlage:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

b) Weiterhin wird angeregt, einen Betrag in Höhe von 15.000 Euro für neue Tablets für die neuen Ratsmitglieder in der Wahlperiode ab November 2021 mit einzuplanen:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

c) Für die Anschaffung und Installation eines neuen digitalen Ratsinformationssystems wird ein Betrag in Höhe von 15.000 Euro eingeplant:

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	3
Nein:	2
Enthaltung:	0

d) Herr Wübbena stellte den Antrag einen Betrag in Höhe von 2.500 Euro für eine Anzeigentafel zur Geschwindigkeitsmessung des Kfz-Verkehrs in Hatzum mit einzuplanen. Nach kurzer Beratung wurde der Antrag durch die SPD/FDP-Gruppe dahingehend erweitert, einen Betrag in Höhe von 5.000 Euro für „allgemeine verkehrsregelnde Maßnahmen“ im Haushalt 2021 mit einzuplanen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

e) Für den Umzug der Tourist-Information in Ditzum in das alte OLB-Gebäude, soll einvernehmlich ein Betrag in Höhe von 15.000 Euro im Haushalt 2021 eingeplant werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

f) Damit auch bei den Dienstleistungen eingespart werden kann, beantragt Herr Dr. Eberlei für das Jahr 2021 einen Einstellungsstopp (Anlage der Einladung). Frei werdende Stellen sollen zunächst nicht wieder besetzt werden.

Herr Dinkela entgegnet hier, dass ein Einstellungsstopp zur Folge haben könnte, dass die Verwaltung handlungsunfähig werde.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	2
Nein:	3
Enthaltung:	0

g) Die SPD/FDP-Gruppe beantragte für den Ausbau des Spielplatzes „Am Sportzentrum“ einen Betrag in Höhe von 40.000 Euro im Haushalt einzuplanen (Anlage der Einladung). Dieser Antrag wurde einstimmig genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

h) Ebenfalls von der SPD/FDP-Gruppe wurde beantragt, die Formulierung zur Veräußerung von Gemeindevermögen zu ändern (Anlage der Einladung). Man verständigt sich darauf, die Deckungsregel, vorbehaltlich der Prüfung der Kommunalaufsicht, wie folgt zu ändern:

**„Mehreinzahlungen bei Erlösen aus der Veräußerung von Gemeindevermögen berechtigen zu Mehrauszahlungen bei Grunderwerbskosten oder zu Investitionen und Anschaffungen im Umfeld des betreffenden Gemeindevermögens, bzw. in der Gemeinde. Ein Zusammenhang muss erkennbar sein“.**

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	5
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **Abstimmungsergebnis über den Haushalt 2021:**

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, Haushalt und Personal empfiehlt dem Rat mehrheitlich, den Haushalt 2021 in der mit den genannten Änderungen zu beschließen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	3
Nein:	2
Enthaltung:	0

## **Zu TOP Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2020 10. Vorlage: BV/0858/2021/**

### **1. Sachverhalt:**

Gemäß § 110 Abs. 8 Satz 4 NkomVG ist über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen ein Haushaltssicherungsbericht beizufügen, wenn ein Haushaltssicherungskonzept nach § 110 Abs. 8 Satz 1 aufzustellen ist und die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bereits für das Vorjahr bestand.

Die Kommune hat nach § 110 Abs. 8 Satz 1 NkomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann oder eine Überschuldung abgebaut oder eine drohende Überschuldung abgewendet werden muss.

Die Gemeinde Jemgum kann den Haushaltsausgleich im Haushalt 2021 nicht erreichen. Die Gemeinde Jemgum ist folglich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2021 aufzustellen.

Da bereits für den Haushalt 2020 die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 110 Abs. 8 Satz 1 NkomVG bestand, ist gemäß § 110 Abs. 8 Satz 4 NkomVG ein Haushaltssicherungsbericht über den Erfolg der Haushaltssicherungsmaßnahmen beizufügen.

Den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2020 ist der Einladung als Anlage beigefügt.

In der Sitzung erläutert Kämmerer Rainer Smidt zunächst den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2020 und beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Sodann nimmt der Ausschuss den Bericht einvernehmlich zur Kenntnis.

## **Zu TOP Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2021 11. Vorlage: BV/0859/2021/**

### **1. Sachverhalt:**

Die Kommune hat nach § 110 Abs. 8 Satz 1 NkomVG ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann oder eine Überschuldung abgebaut oder eine drohende Überschuldung abgewendet werden muss.

Die Gemeinde Jemgum kann den Haushaltsausgleich im Haushalt 2021 nicht erreichen. Die Gemeinde Jemgum ist folglich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2021 aufzustellen.

Das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2021 ist der Einladung als Anlage beigelegt.

Zunächst wird der Antrag der SPD/FDP-Gruppe zur Streichung von Steuererhöhungen im Haushaltssicherungskonzept 2021 (Anlage der Einladung) beraten.

Bei der Streichung der Steuererhöhungen handelt es sich um eine Änderung des Haushaltssicherungskonzepts 2020. Dies hat zur Folge, dass die Ausgleichszahlung für die Kavernenbetreiber im Haushaltssicherungskonzept 2021 erhöht wird.

Herr Dinkela erläutert den Antrag und Kämmerer Rainer Smidt beantwortet die aufkommenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Dr. Eberlei gibt zu bedenken, dass man es sich wünschen kann, dass die Kavernenbetreiber den Haushalt der Gemeinde Jemgum regelmäßig mit Mitteln sanieren werden. Moralisch hält er dies zwar für angebracht – dennoch ist es unrealistisch auf diesem Wege einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu wollen.

Auch Herr Wübbena hat hier Bedenken und erklärt, dass sich mit der Hoffnung auf Zahlung von freiwilligen Mitteln von Seiten der Kavernenbetreiber kein Haushaltssicherungskonzept erarbeiten lasse, da es für freiwillige Leistungen keine Garantie gäbe.

**Beschluss:**

Mehrheitlich empfiehlt der Ausschuss dem Rat, die Streichung der Steuererhöhungen bezüglich der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer aus dem Haushaltssicherungskonzept 2021. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit den Kavernenbetreibern dahin gehend zu führen als Ausgleich den Ansatz der Gewerbesteuer-/Ausgleichszahlung der Kavernenbetreiber auf 247.500 Euro zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

Antrag SPD/FDP-Gruppe: Streichung von Steuererhöhungen im Haushaltssicherungskonzept 2021:

Ja:	3
Nein:	2
Enthaltung:	0

**Zu TOP Anfragen, Anregungen und Hinweise  
12.**

Die Anfragen der Gruppe Jemgum21 (Anlage der Niederschrift) wurden mit Datum vom 11.02.2021 schriftlich eingereicht.

BM Heikens erklärt, dass die Anfragen zur Krippe zurzeit leider nicht beantwortet werden können, da Kämmerer Rainer Smidt in der momentanen Situation keine Möglichkeit hatte, diese zeitnah zu bearbeiten. BM Heikens verweist auf die nächste Sitzung des Fachausschusses, in der es geplant ist, die Anfragen zu thematisieren.

**Zu TOP Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den  
13. Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten**

Frau Henriette Remmers meldet sich zu Wort und teilt mit, dass sie die geplante Erhöhung der Abwassergebühren für äußerst unangemessen hält. Außerdem hält sie die Aussage, die ansässigen Gaskonzerne könnten den Jemgumer Haushalt mit freiwilligen Zahlungen sanieren, für ausgesprochen naiv. Der jetzige Konzern „Gazprom“ wird, abgesehen von einigen Spenden, kaum daran interessiert ein sein.

**Zu TOP Ende des öffentlichen Teils der Sitzung  
14.**

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:06 Uhr.

Konrad Kruse  
Vorsitzender

Hans-Peter Heikens  
Bürgermeister

Monika Zuidema  
Protokollführerin